Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

01.11.1967 - 1. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

1. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. November 1967

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Friedrich Meier.

INHALT

Eröffnung der ersten Sitzung 5

Austritt des Abg. Werner Jacobi (CDU) . . . 5

Eintritt des Abg. Kurt Hellwig (CDU) 5

Eingänge 5

Eingaben (§ 70 GO) 5

Bekanntgabe der Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter 5

Geschäftsordnung für die 7. Wahlperiode . . 5

Wahl des Vorstands

a) **Wahl des Präsidenten** 5
Vizepräsident Dr. Zander 5
Präsident Engel 6

b) **Wahl der Vizepräsidenten** 6
Präsident Engel 6

c) **Wahl der Schriftführer**
Präsident Engel 6

Wahl des Senats ausgesetzt 9

Wahl von 9 Mitgliedern des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses 9

Wahl von 6 Mitgliedern und 12 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs ausges. 9

Wahl von je 9 Mitgliedern der staatlichen Deputationen 9

a) **Deputation für Wirtschaft**
b) **Deputation für Arbeit**
c) **Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven**
d) **Deputation für Justiz und Gefängniswesen**
e) **Deputation für Außenhandel**
f) **Deputation für Wiedergutmachung**

Wahl von 3 Mitgliedern der Finanzdeputation durch die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder 10

Wahl von je 2 Mitgliedern der städtischen Deputationen durch die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder 10

a) **Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr**
b) **Deputation für Inneres**
c) **Deputation für das Bauwesen**
d) **Deputation für das Wohlfahrtswesen**
e) **Deputation für Ernährung und Landwirtschaft**

f) Deputation für die allgemeinbildenden Schulen

g) Deputation für Kunst und Wissenschaft

h) Deputation für die Berufs- und Fachschulen

i) Deputation für Leibesübungen

k) Deputation für das Gesundheitswesen

l) Deputation für das Schlacht- und Viehhofwesen

m) Deputation für Jugendwohlfahrt

Wahl von 5 Mitgliedern und 5 stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts 11

Wahl von 5 Mitgliedern und 5 stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses ausgesetzt 11

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ständigen Beirats beim Bundesausgleichsamt . . . . . ausgesetzt 11

Wahl von 7 Mitgliedern und 7 stellvertretenden Mitgliedern des Wahlausschusses für die Wahl von ehrenamtlichen Verwaltungsrichtern ausgesetzt 11

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 16. Oktober 1967:
Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. Juni 1967 (Drucksachenabteilung I Nr. 1) 11

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 24. Oktober 1967:
Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. September 1967 (Drucksachenabteilung I Nr. 3) 12

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. Oktober 1967:
Polizeiverordnung über den Umgang mit Sprengstoffen in den Hafengruppen Bremen und Bremerhaven vom 24. Juli 1967 (Drucksachenabteilung I Nr. 2) 12

Bericht des Präsidenten der Bürgerschaft vom 20. Oktober 1967:
Rechnungen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1966 (Drucksachenabteilung III Nr. 1) 12

Antrag: Übertragung des Entscheidungsrechts für die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten wegen Strafverfahren bei Verkehrsdelikten auf den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß (Drucksachenabteilung II Nr. 1) 12

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführerin **Ella Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Senator für Inneres

Senator für Wohlfahrt und Jugend Annemarie **Mevissen** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Weßling** (SPD)

Senator für Justiz und Verfassung und für kirchliche Angelegenheiten **Dr. Graf** (FDP)

Senator für das Bauwesen **Blase** (SPD)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung um 15.03 Uhr.

Vizepräsident Dr. Zander: Meine Damen und Herren, ich eröffne hiermit die erste Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) in der 7. Wahlperiode.

Der Abgeordnete Werner Jacobi hat mir mit Schreiben vom 31. Oktober 1967 mitgeteilt, daß er sein Mandat niederlegen möchte. Ich habe daraufhin am 1. November 1967 gemäß § 64 des Wahlgesetzes festgestellt, daß der Abgeordnete Werner Jacobi durch Verzicht aus der Bürgerschaft ausgeschieden ist. Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, daß an seiner Stelle Herr Kurt Hellwig in die Bürgerschaft (Landtag) eingetreten ist. Der Abgeordnete Hellwig gehört der CDU-Fraktion an.

Folgende Eingänge liegen vor:

Das Präsidium des Deutschen Tierschutzbundes überreicht eine Resolution gegen Intensivtierhaltung.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich in einer Stellungnahme gegen die Einsparungsbeschlüsse der Bundesregierung auf dem Gebiet der Kunst.

Die Eingaben können in der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Die NPD-Fraktion hat zwei Anträge eingereicht, die folgenden Wortlaut haben:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen.

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

§ 4 des Gesetzes über die Deputationen vom 2. März 1948 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1956 (SaBremR 1100-b-1) erhält folgenden Satz 3:

Fraktionen, die nicht in den Deputationen vertreten sind, können ein Mitglied mit beratender Stimme in die jeweilige Deputation entsenden.

Artikel 2

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft."

Ferner:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen § 66 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft vom 17. Oktober 1956 (SaBremR 1100-a-1) erhält folgenden Satz 2:

Fraktionen, die in den ständigen und nichtständigen Ausschüssen nicht vertreten sind, können ein Mitglied mit beratender Stimme entsenden."

Die Anträge kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Interfraktionell ist vereinbart worden, die Punkte 13 und 15 der Tagesordnung zu verbinden. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Die Fraktionen des Hauses haben mir die Namen ihrer Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter mit geteilt: Vorsitzender der SPD-Fraktion Abgeordneter Richard Boljahn, Stellvertreter Abgeordnete Gisela Müller-Wolff, Abgeordneter Gustav Böhrnsen; Vorsitzender der CDU-Fraktion Abgeordneter Dr. Hans-Hermann Sieling, Stellvertreter Abgeordneter Robert Fischer; Vorsitzender der FDP-Fraktion Abgeordneter Paul-Heinz Schubert, Stellvertreter Karl-Heinz Vorsatz.

(Heiterkeit — Abg. Ströh [SPD]: Soweit ist das schon! — Weitere Zurufe)

Ich bitte, diesen Versprecher zu entschuldigen! — Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion ist der Abgeordnete Walter Hauptmann, Vorsitzender der NPD-Fraktion Abgeordneter Otto-Theodor Brouwer, Stellvertreter Abgeordneter Karl-Heinz Vorsatz.

Vom Senat begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Senator Mevissen, Herrn Senator Weßling, Herrn Senator Dr. Graf, Herrn Senator Thape und Herrn Senator Speckmann. Ferner ist anwesend der Präsident des Rechnungshofs, Herr Hartmann.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Geschäftsordnung für die 7. Wahlperiode

Ich schlage vor, daß die Bürgerschaft (Landtag) für die 7. Wahlperiode die am 17. Oktober 1956 beschlossene Geschäftsordnung übernimmt. Die neu in die Bürgerschaft eingetretenen Abgeordneten haben ein Exemplar dieser Geschäftsordnung erhalten.

Die Beratung ist eröffnet. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer damit einverstanden ist, daß die bisherige Geschäftsordnung für die 7. Wahlperiode übernommen wird, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) übernimmt für die 7. Wahlperiode die am 17. Oktober 1956 beschlossene Geschäftsordnung.

(Einstimmig)

Wahl des Vorstands

a) Wahl des Präsidenten

Der Vorstand der Bürgerschaft ist in der ersten Sitzung mit absoluter Mehrheit zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Vorstands sind in der Regel die Fraktionen der Bürgerschaft nach ihrer Stärke zu berücksichtigen. Für die Wahl des Präsidenten steht das Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion

zu. Die SPD-Fraktion hat den Abgeordneten Hermann Engel vorgeschlagen. — Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich die Bürgerschaft, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl per Akklamation vornehmen. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer den Abgeordneten Hermann Engel zum Präsidenten der Bürgerschaft wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke Ihnen! — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltung?

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt für die 7. Wahlperiode zum Präsidenten der Bürgerschaft den Abgeordneten Hermann Engel.

(Einstimmig — Langanhaltender Beifall — Abg. Engel betritt den Plenarsaal)

Herr Abgeordneter Engel, ich habe die Frage an Sie zu richten, ob Sie die auf Sie entfallene Wahl zum Präsidenten der Bürgerschaft annehmen.

(Abg. Engel [SPD]: Ich nehme an!)

Darf ich mir, bevor Sie Ihr Amt antreten, erlauben, namens des gesamten Hauses einige Worte zu sagen. Ich möchte mich nämlich zum Dolmetsch aller Mitglieder des Hauses machen und Ihnen, Herr Präsident Engel, zu Ihrer einstimmig und einmütig erfolgten Wiederwahl zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft unsere sehr herzlichen Glückwünsche aussprechen. Möge es Ihnen vergönnt sein, dieses Amt in Gesundheit und Frische ausüben zu können, und möge Ihnen vor allem die Ausübung dieses Amtes Freude und Befriedigung geben. Dabei möchte ich auch in unser aller Namen sprechen, wenn ich Ihnen sage, daß wir uns alle die größte Mühe geben wollen, daß Ihnen die Ausübung Ihres Amtes so leicht wie möglich gemacht wird.

(Beifall — Präsident Engel übernimmt den Vorsitz — Abg. Boljahn [SPD] gratuliert dem wiedergewählten Präsidenten und überreicht einen Blumenstrauß, sodann nimmt Präsident Engel ein Blumengebinde der Verwaltung der Bürgerschaft sowie die Glückwünsche der Fraktionsvorsitzenden der CDU, FDP und NPD entgegen. Namens des Senats spricht Bürgermeister Koschnick die Glückwünsche aus.)

Präsident Engel: Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen allen für die mir zuteil gewordenen Glückwünsche. Die übrigen guten Wünsche, die Sie, Herr Dr. Zander, äußerten, glaube ich, können wir alle, die wir in Zukunft gemeinsam an diesem Tisch Platz nehmen, wahrscheinlich sehr gut gebrauchen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

b) Wahl der Vizepräsidenten

Für die Wahl der beiden Vizepräsidenten steht das Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu. Die CDU-Fraktion hat den Abgeordneten Dr. Zander und die SPD-Fraktion den Abgeordneten Dr. Klink vorgeschlagen. — Werden weitere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Ich bitte deshalb, damit einverstanden zu sein, daß auch diese Wahl per Akklamation vorgenommen wird. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer die Abgeordneten Dr. Zander und Dr. Klink zu Vizepräsidenten wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Danke schön! — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltung?

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt zu Vizepräsidenten die Abgeordneten Dr. Zander und Dr. Klink.

(Einstimmig)

Ich frage den Abgeordneten Dr. Zander, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. Dr. Zander [CDU]: Jawohl!)

Abgeordneter Dr. Klink, nehmen Sie die Wahl an?

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Ich nehme die Wahl an!)

Danke schön!

Nun, meine Herren Vizepräsidenten, ich glaube, in diesem Augenblick muß ich auch Ihnen zu der erfolgten Wahl recht herzlich gratulieren. Ich wünsche Ihnen beiden, vor allem Herrn Dr. Klink, der ja neu in dieses Amt einrückt, Erfolg und Befriedigung bei der Arbeit. Für Sie, Herr Dr. Zander, ist es ja schon selbstverständlich.

Wir kommen dann zu

c) Wahl der Schriftführer

Für zwei Schriftführer steht das Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion und für einen der CDU-Fraktion zu. Die SPD-Fraktion hat die Abgeordneten Frau Ella Müller und Johannes Wenke, die CDU-Fraktion den Abgeordneten Reinhard Hardegen vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. — Da keine weiteren Vorschläge vorliegen, bitte ich die Bürgerschaft (Landtag), damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl per Akklamation vornehmen. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer die Abgeordneten Frau Ella Müller, Johannes Wenke und Reinhard Hardegen zu Schriftführern wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltung?

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordneten Frau Ella Müller, Johannes Wenke und Reinhard Hardegen zu Schriftführern.

(Einstimmig)

Frau Müller, meine Herren Kollegen, auch Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zu der durch die Bürgerschaft einstimmig erfolgten Wahl. Mit Ihnen,

Frau Müller und Herr Wenke, habe ich schon längere Zeit zusammengearbeitet, und ich könnte mir denken, daß diese Zusammenarbeit auch in Zukunft weiterhin so gut bleiben wird. Herr Kollege Hardegen, von Ihnen wünsche ich mir volle Unterstützung bei der Erledigung meiner Arbeit. Ich setze ohne weiteres voraus, daß ich damit rechnen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verrate Ihnen sicherlich kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß der heutige Tag für mich auch ein neues Beginnen bedeutet. Deshalb glaube ich nicht unbescheiden zu sein, wenn ich Sie um die Erlaubnis bitte, Ihnen einige Gedanken, die mich in der jetzigen Stunde bewegen, vortragen zu dürfen.

Mit der Wahl zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft haben Sie mir eine Ehre erwiesen, die mich in starkem Maße allen Mitgliedern dieses Hauses verpflichtet. Es ist für mich selbstverständlich, daß ich mich auch in Zukunft bemühen werde, die Verhandlungen der Bürgerschaft gerecht und unparteiisch zu leiten. Als Repräsentant des Parlaments nach außen bin ich in besonderem Maße verpflichtet, seine verfassungsmäßigen Rechte gegenüber den beiden anderen Staatsgewalten zu vertreten. Ich bin nicht der Wahrer der Interessen eines Teils der Bürgerschaft, sondern habe mit dem Amt die Verpflichtung übernommen, die Belange der Gesamtheit dieser Institution zu vertreten. Um diese Aufgabe mit Erfolg erfüllen zu können, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, bedarf ich der Mitwirkung aller. Denn über eins muß unter allen in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen Einverständnis bestehen: Die Lebensfähigkeit der parlamentarischen Demokratie als Herrschaftsform setzt ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit in den Zielen und in den Methoden der Auseinandersetzung voraus, die wir im Interesse der Bevölkerung unseres Landes hier auszutragen haben. Nicht Eintracht und Harmonie kennzeichnen ein lebendiges Parlament, aber Beachtung der Spielregeln und Respekt gegenüber der Persönlichkeit des politischen Gegners sind unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche politische Arbeit.

Zu den Gemeinsamkeiten der Grundauffassung aller Fraktionen dieses Hauses gehört das Bekenntnis zur Eigenstaatlichkeit Bremens. Unsere Stadtstaatlichkeit ist weder Selbstzweck noch Produkt der Nachkriegswirren. Die Staatlichkeit der beiden Hansestädte Hamburg und Bremen wurde in Jahrhunderten geprägt, vornehmlich im Interesse Gesamtdeutschlands, dessen maritime Belange und Welthandelsaufgaben weitgehend von diesen beiden Hafenstädten wahrgenommen werden. Die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit vor allem verlangt die Erhaltung dieses Zustandes.

Die neue Legislaturperiode brachte eine einschneidende Zäsur in der Zusammensetzung der Bürgerschaft. Mit 45 neuen Abgeordneten erleben wir dieses Mal den stärksten personellen Wechsel des Hauses. Ich begrüße diese vielen neuen Kolleginnen und Kollegen auf das herzlichste und wünsche ihnen Erfolg und Befriedigung bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit.

Sie beginnen ihr Mandat in einer Zeit, in der nicht unbedeutende Stimmen der öffentlichen Meinung von einer weltweiten Krise der parlamentarischen Demokratie sprechen. Die unaufhörlich fortschreitende Spezialisierung des öffentlichen Lebens in einer Industriegesellschaft bedeutet für den Parlamentarismus die Gefahr, daß auch der kluge und fleißige Abgeordnete die Entscheidungen nicht mehr voll zu übersehen vermag, für die er dem Volke gegenüber verantwortlich ist. Als Abhilfe hiergegen richten sich deutsche und ausländische Parlamente zunehmend wissenschaftliche Stäbe ein, die das komplizierte Tatsachenmaterial für die Ausschüsse, Fraktionen und die Plenarentscheidungen aufbereiten sollen. Das erklärte Ziel dieser Bemühungen liegt darin, die Parlamente vor einer zu starken Abhängigkeit von den Fachverwaltungen zu bewahren.

Obgleich ich die Problematik und die zunehmende Schwierigkeit der parlamentarischen Arbeit aus eigener Erfahrung kenne, und so sehr ich die Notwendigkeit einsehe, daß der Abgeordnete für seine Arbeit technischer und fachlicher Unterstützung bedarf, habe ich doch Zweifel, ob man die Gefahr der fachlichen Überlegenheit der Bürokratie durch die Errichtung einer parlamentsgebundenen Gegenbürokratie überwinden kann. Was in den deutschen Parlamenten nach meiner Auffassung zu kurz kommt, ist weniger eingefahrenes Spezialistentum, als der Sinn für den politischen Kern einer Streitfrage. Ein Übermaß an Sachverstand würde die Auseinandersetzung in unserem Hause nicht lebendiger und interessanter gestalten, sondern müßte Gefahr laufen, Einzelfragen aus ihrem politischen Zusammenhang zu lösen und das Interesse der Öffentlichkeit noch weiterhin schwächen. Ein Parlament darf niemals zu einer „geschlossenen Gesellschaft" entarten. Es lebt nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch von der Öffentlichkeit. Die Plenarsitzungen müssen die Stätte werden, an der die Konflikte innerhalb unseres Gemeinwesens offen ausgetragen werden.

In den letzten Monaten ist viel darüber geschrieben und gesprochen worden, daß sich die politische Opposition außerhalb der deutschen Parlamente formiere. Ich meine damit nicht nur die bekannten Demonstrationen einiger oppositioneller Studentengruppen, sondern ich denke auch an jene publizistische Opposition, welche sich nicht auf die Kritik einzelner Parteien, Politiker oder politischer Entscheidungen beschränkt, sondern die aus Prinzip die leitenden Ideen der regierenden Kräfte negiert und die in den Parlamenten vertretenen Parteien als sogenanntes „Establishment" in Frage stellt. Ich meine, man sollte die außerparlamentarische Opposition streng unterscheiden von einer antiparlamentarischen Opposition.

In einem demokratischen Staatswesen wirken die Parteien mit mehr oder weniger starkem Einfluß an der politischen Willensbildung mit, sie können und

dürfen auf diesem Gebiet jedoch kein Monopol in Anspruch nehmen. Eine wahrhaft lebendige Demokratie verlangt sogar danach, daß breite Kreise der Bevölkerung außerhalb der Parteien und der Parlamente an dem politischen Geschehen Anteil und auch aktiv Stellung nehmen. Wieweit diese außerparlamentarischen Meinungsäußerungen in unseren Parlamenten Gehör finden und auch von Fraktionen oder einzelnen Abgeordneten vertreten werden, hängt natürlich weitgehend von der Überzeugungskraft der außerparlamentarischen Argumente ab. Aber es ist Sache der Parlamente, dafür Sorge zu tragen, daß wensentliche politische Auseinandersetzungen weniger in den Illustrierten und Fernsehsendungen als in den Plenarsitzungen unserer Volksvertretungen ausgetragen werden. Durch den Stil seiner Arbeit muß das Parlament dafür sorgen, daß es das Interesse der Öffentlichkeit findet. Wir bedürfen hierbei der Mitwirkung von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Aber vordringlich, meine Damen und Herren, liegt es an uns selbst, der Bevölkerung deutlich zu machen, daß wir ihre Geschicke mit Verantwortungsgefühl, Eifer und Fleiß vertreten. Nur eine gute parlamentarische Arbeit wird letzten Endes in der Öffentlichkeit gut ankommen.

Der unmittelbaren Verbindung zwischen Bürgerschaft und Bevölkerung dient, wie ich an dieser Stelle bemerken möchte, nicht zuletzt die Arbeit von Radio Bremen. Sein Wirken hat weit über die Grenzen Bremens hinaus eigene und vielbeachtete kulturpolitische Akzente gesetzt, auf welche wir nicht verzichten möchten. Ein echter föderalistischer Geist fördert die kulturelle Vielfalt und Eigenart. Die monopolartige Konzentration auf wenige Mammutanstalten könnte möglicherweise einen gewissen Rationalisierungserfolg erreichen, aber dies wäre meiner Auffassung nach ein zu hoher Preis für die kulturelle Eintönigkeit, die gleichzeitig hiermit einziehen könnte.

Meine Damen und Herren, zu keiner Zeit hat es Menschen gegeben, deren Wirken nicht irgendwann Anlaß zu Kritik geboten hat. Das gilt natürlich vor allem für Politiker, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit wirken. Wir alle können in Wort und Handlung irren, nur wer nichts tut, irrt nie. Gerade die Staatsform, der wir uns verschrieben haben, die parlamentarische Demokratie, duldet es selten, daß große Prinzipien ohne Abstrich rein erhalten werden, liegt doch das Wesen des Zusammenlebens im demokratischen Staat in unvermeidbaren Kompromissen. Aus meiner eigenen Jugend weiß ich, daß junge Menschen in ihren Anschauungen und Ansprüchen zu unbedingten und absoluten Maßstäben neigen und sich daher gerade auf politischem Gebiet durch Kompromisse enttäuscht fühlen. Aber die Jugend möge bedenken, daß nur ein diktatorisches Regime mit seiner unbeschränkten Machtfülle seine Ziele ohne Rücksicht auf Gesetz und Minderheiten absolut durchsetzen kann. Das freiheitliche Staatswesen jedoch fordert einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Mehrheit und den verfassungsmäßigen Rechten einer Minderheit oder des Einzelnen.

Mit dem Recht des Einzelnen, seine Meinung im Parlament oder außerhalb des Parlaments frei zu äußern, sollten wir es so halten, wie es John Stuart Mill in seiner Schrift „Die Freiheit" fordert: „Wenn die gesamte Menschheit einer Meinung wäre, und nur ein einziger wäre einer andern, so hätte die ganze Menschheit kein besseres Recht, diesem Einen Schweigen aufzuerlegen, als er, wenn er die erforderliche Macht besäße, der ganzen Menschheit." Und an anderer Stelle: „Wir können niemals sicher sein, daß die Meinung, die wir zu ersticken suchen, falsch ist, und wären wir dessen sicher, so wäre ihre Erstickung noch immer ein Übel."

So, wie es für die Volksvertretungen immer schwerer wird, die Vielfalt und Kompliziertheit ihrer Aufgaben zu bewältigen, noch schwerer ist es für den einzelnen Staatsbürger, sich in den Rechten und Pflichten auszukennen, welche ihm der Gesetzgeber und die Exekutive auferlegen. Wer ist denn heute noch in der Lage, die komplexen Gebiete etwa des Sozialrechts, des Steuerrechts oder des Baurechts zu überblicken. Hilflos und oft resigniert steht der freie Staatsbürger den Entscheidungen des Staatsapparates gegenüber, die nicht selten für sein Leben von großer Bedeutung sind. Die Entwicklung unseres Staates zum gigantischen Apparat entfremdet ihm zugleich seine Bürger.

Diese Situation hat in den letzten Jahren zu der Forderung geführt, es möge nach ausländischem Beispiel eine vom Staat unabhängige Stelle geschaffen werden, bestimmt für die Unterstützung des ratsuchenden Bürgers und die Kontrolle einer fast allmächtigen Verwaltung. Für einen Teilbereich unseres öffentlichen Lebens, nämlich die Bundeswehr, wurde bereits vor Jahren in Gestalt des Wehrbeauftragten ein entsprechendes Parlamentsorgan geschaffen. Wenn ich auch nicht zu der Auffassung neige, daß die angeschnittene Frage durch eine neue Institution, etwa eine „Vierte Gewalt", behoben werden kann, so müssen wir doch alle erkennen, daß die Verfremdung unseres öffentlichen Lebens in bezug auf den einzelnen Staatsbürger schon bald einer Korrektur bedarf. Es muß uns daran liegen, unseren Mitbürgern deutlich zu machen, daß sie sich mit ihren Anliegen und Wünschen vertrauensvoll an die Volksvertretung wenden können und daß diese eine wirksame Prüfung der Beschwerden vornimmt. Die politische Einsicht und das Gebot des Artikels 17 des Grundgesetzes sollten auch die Bremische Bürgerschaft veranlassen, eine zweckmäßige und sinnvolle Vervollkommnung des Petitionsrechts in Erwägung zu ziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Fülle von Aufgaben liegt vor uns, und ich konnte an dieser Stelle nur wenige hiervon andeuten. Ich habe aber das Empfinden, daß die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland eine Phase erreicht hat, in der die Weichen für die Zukunft gestellt werden. So sehr wir gerade in Bremen an

traditionellen Einrichtungen hängen, müssen wir doch erkennen, daß wir nicht überall in alten Gleisen fahren können. Nicht zuletzt von unser aller Initiative und Aufgeschlossenheit gegenüber einer sich wandelnden Welt hängt es ab, daß die häufig zitierten Schatten der Weimarer Zeit nicht auf unser junges Staatswesen fallen.

Der zweite Versuch mit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland wird nur dann gelingen, wenn sich die Menschen, die sie zu tragen haben, auch in kritischen Zeiten als aufrechte Demokraten bewähren. Es liegt im Interesse Deutschlands und Bremens, daß wir diese Bewährungsprobe gemeinsam bestehen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort:

Wahl des Senats

Interfraktionell ist vereinbart worden, diese Wahl heute auszusetzen. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wahl von 9 Mitgliedern des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Der SPD-Fraktion steht nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt das Vorschlagsrecht für fünf Mitglieder zu; die CDU-Fraktion kann drei Mitglieder und die FDP-Fraktion ein Mitglied vorschlagen. Die Wahlvorschläge liegen den Abgeordneten schriftlich vor. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß auf eine Verlesung verzichtet wird. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

von der SPD	1. Abg. Hermann Engel
	2. Abg. Gustav Böhrnsen
	3. Abg. Dr. Walter Franke
	4. Abg. Dr. Dieter Klink
	5. Abg. Johannes Wenke
von der CDU	6. Abg. Dr. Erich Zander
	7. Abg. Dr. Hans-Hermann Sieling
	8. Abg. Robert Fischer
von der FDP	9. Abg. Walter Hauptmann.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten in den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Danke!

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von 6 Mitgliedern und 12 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Interfraktionell ist vereinbart worden, diese Wahl heute auszusetzen. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

Wahl von je 9 Mitgliedern der staatlichen Deputationen

a) Deputation für Wirtschaft
b) Deputation für Arbeit
c) Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven
d) Deputation für Justiz und Gefängniswesen
e) Deputation für Außenhandel
f) Deputation für Wiedergutmachung

Nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt entfällt das Vorschlagsrecht für fünf Mitglieder auf die SPD-Fraktion, für drei Mitglieder auf die CDU-Fraktion und für ein Mitglied auf die FDP-Fraktion. Die Wahlvorschläge der Fraktionen liegen den Abgeordneten schriftlich vor. Ich nehme an, daß auch hier auf eine Verlesung verzichtet wird. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

a) Deputation für Wirtschaft

von der SPD	1. Karl-Heinz Jantzen, Bremen,
	2. Gerhard Bugla, Bremen,
	2. Friedrich Düßmann, Bremen,
	4. Dr. Dieter Klink, Bremen,
	5. Walter Würdemann, Bremerhaven,
von der CDU	6. Ingeborg Förster, Bremen,
	7. Emil Koschek, Bremen,
	8. Dr. Johannes Schäfer, Bremerhaven,
von der FDP	9. Georg Oltmanns, Bremerhaven.

b) Deputation für Arbeit

von der SPD	1. Horst Stäcker, Bremen,
	2. Arno Koch, Bremen,
	3. Walter Groß, Bremen,
	4. Bruno Schnakenberg, Bremen,
	5. Käthe Hoffrage, Bremerhaven,
von der CDU	6. Lothar Sagner, Bremerhaven,
	7. Otto Jahn, Bremen,
	8. Dr. Rolf Müller, Bremen,
von der FDP	9. Günther Kuhnert, Bremen.

c) Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven

von der SPD	1. Wilhelm Eilers, Bremerhaven,
	2. Wolfgang Grantz, Bremerhaven,
	3. Walter Hübenthal, Bremerhaven,
	4. Walter Würdemann, Bremerhaven,
	5. Christian Mahlstedt, Bremen,
von der CDU	6. Dieter Brauns, Bremerhaven,
	7. Kurt Hellwig, Bremerhaven,
	8. Heino Hinz, Bremerhaven,
von der FDP	9. Friedrich Carl Busse, Bremerhaven.

d) Deputation für Justiz und Gefängniswesen

von der SPD
1. Dr. Walter Franke, Bremen,
2. Wolfgang Kahrs, Bremen,
3. Heinz Klemmer, Bremen,
4. Wilma Landwehr, Bremen,
5. Wolfgang Grantz, Bremerhaven,

von der CDU
6. Robert Fischer, Bremen,
7. Gottfried Pönitz, Bremerhaven,
8. Wilhelm Rumpe, Bremen,

von der FDP
9. Dr. Carl Freye, Bremen.

e) Deputation für Außenhandel

von der SPD
1. Ella Müller, Bremen,
2. Walter Groß, Bremen,
3. Karl Lüneburg, Bremen,
4. Hermann Koenen, Bremen,
5. Marie Nejedlo, Bremerhaven,

von der CDU
6. Heino Hinz, Bremerhaven,
7. Hans-Jürgen Noebel, Bremen,
8. Hans Banasiak, Bremen,

von der FDP
9. Georg von Groeling-Müller, Bremen.

f) Deputation für Wiedergutmachung

von der SPD
1. Werner Schriever, Bremen,
2. Heinrich Landwehr, Bremen,
3. Günter Stelljes, Bremen,
4. Anna Zießler, Bremen,
5. Karl Heiber, Bremerhaven,

von der CDU
6. Wilhelm Baltus, Bremen,
7. Wilhelm Melster, Bremen,
8. Harry Reichel, Bremerhaven,

von der FDP
9. Georg Oltmanns, Bremerhaven.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wer die vorgeschlagenen Damen und Herren in die staatlichen Deputationen wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von 3 Mitgliedern der Finanzdeputation durch die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder

Nach § 18 des Gesetzes über die Deputationen haben die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder drei Vertreter in die Finanzdeputation zu wählen. Hierbei entfällt das Vorschlagsrecht nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt für zwei Mitglieder auf die SPD-Fraktion und für ein Mitglied auf die CDU-Fraktion. Die Vorschläge liegen den Abgeordneten schriftlich vor. Ich nehme an, die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden, daß auf eine Verlesung verzichtet wird. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

von der SPD
1. Wilhelm Eilers, Bremerhaven,
2. Werner Kiene, Bremerhaven,

von der CDU
3. Dr. Johannes Schäfer, Bremerhaven.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte, jetzt darauf zu achten, daß sich nur die Bremerhavener Abgeordneten an der Abstimmung beteiligen.

Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten in die Finanzdeputation wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. Die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder wählen die vorgeschlagenen Abgeordneten in die Finanzdeputation.

(Einstimmig)

Wahl von je 2 Mitgliedern der städtischen Deputationen durch die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder

a) Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr
b) Deputation für Inneres
c) Deputation für das Bauwesen
d) Deputation für das Wohlfahrtswesen
e) Deputation für Ernährung und Landwirtschaft
f) Deputatiton für die allgemeinbildenden Schulen
g) Deputation für Kunst und Wissenschaft
h) Deputation für die Berufs- und Fachschulen
i) Deputation für Leibesübungen
k) Deputation für das Gesundheitswesen
l) Deputation für das Schlacht- und Viehhofwesen
m) Deputation für Jugendwohlfahrt

Nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Deputationen haben die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder in jede städtische Deputation zwei Vertreter zu wählen. Nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt schlagen die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion je ein Mitglied vor.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor. Ich nehme an, daß auf eine Verlesung verzichtet wird. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

a) Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr

von der SPD
1. Walter Hübenthal, Bremerhaven,

von der CDU
2. Dieter Brauns, Bremerhaven.

b) Deputation für Inneres

von der SPD
1. Johannes Wenke, Bremerhaven,

von der CDU
2. Egon Kauffmann, Bremerhaven.

c) Deputation für das Bauwesen

von der SPD
1. Werner Kiene, Bremerhaven,

von der CDU
2. Karl Franzius, Bremerhaven.

d) Deputation für das Wohlfahrtswesen

von der SPD
1. Ursula Kaltenstein, Bremerhaven,

von der CDU
2. Kätemarie Walker, Bremerhaven.

e) Deputation für Ernährung und Landwirtschaft

von der SPD 1. Käthe Hoffrage, Bremerhaven,
von der CDU 2. Wilhelm Stromiedel, Bremerhaven.

f) Deputation für die allgemeinbildenden Schulen

von der SPD 1. Ursula Kaltenstein, Bremerhaven,
von der CDU 2. Kurt Hellwig, Bremerhaven.

g) Deputation für Kunst und Wissenschaft

von der SPD 1. Friedrich Pöting, Bremerhaven,
von der CDU 2. Gottfried Pönitz, Bremerhaven.

h) Deputation für die Berufs- und Fachschulen

von der SPD 1. Marie Nejedlo, Bremerhaven,
von der CDU 2. Lothar Sagner, Bremerhaven.

i) Deputation für Leibesübungen

von der SPD 1. Friedrich Pöting, Bremerhaven,
von der CDU 2. Egon Kauffmann, Bremerhaven.

k) Deputation für das Gesundheitswesen

von der SPD 1. Marie Nejedlo, Bremerhaven,
von der CDU 2. Dr. Friedrich Reinhard, Bremerhaven.

l) Deputation für das Schlacht- und Viehhofwesen

von der SPD 1. Karl Heiber, Bremerhaven,
von der CDU 2. Heinrich Addicks, Bremerhaven.

m) Deputation für Jugendwohlfahrt

von der SPD 1. Käthe Hoffrage, Bremerhaven,
von der CDU 2. Lothar Sagner, Bremerhaven.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Auch an dieser Abstimmung dürfen sich nur die Bremerhavener Abgeordneten beteiligen. Wer die vorgeschlagenen Damen und Herrn wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Danke! — Die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder wählen entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von 5 Mitgliedern und 5 stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts

Nach § 37 des Wahlgesetzes für die Bürgerschaft (Landtag) sind in der ersten Sitzung des Parlaments fünf Mitglieder und fünf stellvertretende Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts unter Berücksichtigung der Stärke der Fraktionen zu wählen. Nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt steht das Vorschlagsrecht für drei Mitglieder und deren Stellvertreter der SPD-Fraktion, für zwei Mitglieder und deren Stellvertreter der CDU-Fraktion zu.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor. Ich glaube, wir können auch hier auf eine Verlesung verzichten. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

von der SPD 1. Abg. Gisela Müller-Wolff
2. Abg. Dr. Walter Franke
3. Abg. Käthe Hoffrage
von der CDU 4. Abg. Dr. Erich Zander
5. Abg. Wilhelm Schepers

Stellvertreter:

von der SPD 1. Abg. Gertrud Maaß
2. Abg. Karl-Heinz Jantzen
3. Abg. Wilhelm Eilers
von der CDU 4. Abg. Hans Friedrichs
5. Abg. Lothar Sagner

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die vorgeschlagenen Abgeordneten.

(Einstimmig)

Wahl von 5 Mitgliedern und 5 stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

Interfraktionell ist vereinbart worden, diesen Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen. — Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist das beschlossen.

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ständigen Beirats beim Bundesausgleichsamt

Interfraktionell ist vereinbart worden, diesen Puknt heute von der Tagesordnung abzusetzen. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

Wahl von 7 Mitgliedern und 7 stellvertretenden Mitgliedern des Wahlausschusses für die Wahl von ehrenamtlichen Verwaltungsrichtern

Interfraktionell ist vereinbart worden, auch diesen Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 16. Oktober 1967: Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. Juni 1967 (Drucksachenabteilung I Nr. 1)

Wir verbinden hiermit

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 24. Oktober 1967: Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. September 1967 (Drucksachenabteilung I Nr. 3)

Der Senat erstattet der Bürgerschaft (Landtag) Berichte über die Haushaltslage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen nach dem Stande vom 30. Juni bzw. 30. September 1967. Von den Berichten hat die Finanzdeputation in ihren Sitzungen am 19. Juni 1967 und 17. Oktober 1967 zustimmend Kenntnis genommen.

Die Beratung ist eröffnet. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Berichte über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. Juni 1967 und vom 30. September 1967 zur Kenntnis.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. Oktober 1967: Polizeiverordnung über den Umgang mit Sprengstoffen in den Hafengruppen Bremen und Bremerhaven vom 24. Juli 1967 (Drucksachenabteilung I Nr. 2)

Der Senat legt der Bürgerschaft (Landtag) diese Polizeiverordnung gemäß § 27 Absatz 1 des Polizeigesetzes zur Kenntnis vor. Die Deputationen für Arbeit, für den Fischereihafen in Bremerhaven und für Häfen, Schiffahrt und Verkehr haben von der Verordnung am 8. Juni, 29. Juni und 20. Juli 1967 Kenntnis genommen und keine Bedenken geäußert.

Die Beratung ist eröffnet. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Polizeiverordnung über den Umgang mit Sprengstoffen in den Hafengruppen Bremen und Bremerhaven Kenntnis.

Bericht des Präsidenten der Bürgerschaft vom 20 Oktober 1967: Rechnungen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1966 (Drucksachenabteilung III Nr. 1)

Der Präsident des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen überreicht gemäß § 108 Absatz 3 der Reichshaushaltsordnung die von ihm geprüften Rechnungen über den Haushalt des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1966 mit der Bitte um Entlastung durch die Bürgerschaft (Landtag).

Die Beratung ist eröffnet. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Präsidenten des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für die Rechnungen über den Haushalt des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1966 Entlastung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Antrag: Übertragung des Entscheidungsrechts für die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten wegen Strafverfahren bei Verkehrsdelikten auf den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß (Drucksachenabteilung II Nr. 1)

Folgender interfraktioneller Antrag liegt vor:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen: Dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß wird das Entscheidungsrecht über die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten bei Strafverfahren wegen Verkehrsdelikts übertragen."

Die Beratung ist eröffnet. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erschöpft. Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 15.52 Uhr)

Verzeichnis der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft *)
(Amtliches Ergebnis der Wahl vom 1. Oktober 1967)

Böhrnsen, Gustav (SPD), Bremen-Lesum, Lesumbroker Landstraße 38
Boljahn, Richard (SPD), Bremen-Huchting, Ostender Straße 3
Borchers, Hermann (CDU), Bremen, Mittelshuchtinger Dorfstraße 7
* **Brauns,** Dieter (CDU), Bremerhaven, Oldenburger Straße 16
Brinkmann, Oswald (SPD), Bremen, Auf den Hellen 19
Brouwer, Otto-Theodor (NPD), Bremen-Vegesack, An der Lobbendorfer Mühle 7
Bugla, Gerhard (SPD), Bremen, Gottfried-Menken-Straße 8
Cassens, Dr. Johann-Tönjes (CDU), Bremen, Meinkenstraße 1
Czichon, Dr.-Ing. Günter (SPD), Bremen-Oberneuland, Wullweide 2
Dickhut, Johann (SPD), Bremen, In der Tränke 3
Düßmann, Friedrich (SPD), Bremen, Barbarossastraße 27
Ehlers, Reinhard (CDU), Bremen, Sielwall 74
* **Eilers,** Wilhelm (SPD), Bremerhaven, Rutenbergstraße 34
Engel, Hermann (SPD), Bremen, Langemarckstraße 305
Erbel, Dipl.-Ing. Friedrich (CDU), Bremen-Vegesack, Wilmannsberg 18/20
Ernst, Rudolf L. (FDP), Bremen-Oberneuland, Oberneulander Landstraße 187 a
Fichtner, Karl (NPD), Bremen-Oberneuland, Oberneulander Landstraße 180 a
Filzen, Wilhelm (CDU), Bremen, Ilmenauer Straße 10
Fischer, Robert (CDU), Bremen, Parkallee 111
Förster, Ingeborg (CDU), Bremen 17, Helmer 22
Franke, Horst-Werner (SPD), Bremen, Richard-Dehmel-Straße 70
Franke, Dr. Walter (SPD), Bremen, Vahrer Straße 244 a
Friedrichs, Hans (CDU), Bremen-Lesum, Käthe-Kollwitz-Straße 39
Fröhlich, Helmut (SPD), Bremen, Wienhauser Straße 2
Gassdorf, Rudolf (CDU), Bremen-Blumenthal, Lüssumer Kamp 32
Götze, Karl-Heinz (SPD), Bremen, Grünenweg 5/7
* **Grantz,** Wolfgang (SPD), Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße 85
von Groeling-Müller, Georg (FDP), Bremen-Vegesack, An der Aumunder Kirche 8 A
Groß, Walter (SPD), Bremen, Gröpelinger Heerstraße 60/62
Hänecke, Marianne (CDU), Bremen-Borgfeld, Borgfelder Deich 7
Hardegen, Reinhard (CDU), Bremen-Oberneuland, Kapitän-König-Weg 16-18
Hartjen, Karl-Otto (SPD), Bremen 13, Garlstedter Straße 22
Hauptmann, Walter (FDP), Bremen-Oberneuland, Am Rüten 78
* **Heiber,** Karl (SPD), Bremerhaven, Hamelner Straße 4
* **Hinz,** Heino (CDU), Bremerhaven, Düppelstraße 18
* **Hoffrage,** Käthe (SPD), Bremerhaven-G., Schiffdorfer Chaussee 217
* **Hübenthal,** Walter (SPD), Bremerhaven-L., Twischlehe 3
Hustedt, Johann (NPD), Bremen 2, Posthauser Straße 26
Iversen, Gerhard (CDU), Bremen, Contrescarpe 107
Jackisch, Paul (CDU), Bremen, Soester Straße 58
* **Jacobi,** Werner (CDU), Bremerhaven, Georgstraße 65
Jantzen, Karl-Heinz (SPD), Bremen, Züricher Straße 114
John, Harry (FDP), Bremen-Huchting, Goldener Reif 33
Kähler, Egon (SPD), Bremen-Vegesack, Schafgegend 8
Kahrs, Wolfgang (SPD), Bremen-Lesum, Trelleborger Straße 32
* **Kaltenstein,** Ursula (SPD), Bremerhaven, Augsburgstraße 5
* **Kauffmann,** Egon (CDU), Bremerhaven, Georgstraße 93
* **Kiene,** Werner (SPD), Bremerhaven-Sp., Alter Postweg 58
Klein, Günter (CDU), Bremen-Lesum, Vor dem Heisterbusch 12
Klemmer, Heinz (SPD), Bremen, Contrescarpe 65

Klink, Dr. Dieter (SPD), Bremen 20, Paul-Singer-Straße 44
Koenen, Hermann (SPD), Bremen 2, Im Ellener Feld 57
Koschek, Emil (CDU), Bremen 1, Hermann-Allmers-Straße 20
Krämer, Günther (NPD), Bremen-Vegesack, Frithjofstraße 9
Krauss, Markus (CDU), Bremen, Erasmusstraße 11—13
Kruse, Marta (NPD), Bremen 17, Ronzelenstraße 114
Kuhnert, Günther (FDP), Bremen-Vegesack, Johann-Janssen-Straße 67
Kulenkampff, Hans-Ludwig (CDU), Bremen 1, Schwachhauser Ring 102 A
Landwehr, Wilma (SPD), Bremen 1, Duckwitzstraße 36
Launspach, Ewald (SPD), Bremen 2, Lausanner Straße 100
Lienhoop, Dr. Friedrich (FDP), Bremen 1, Landwehrstraße 58
Lüneburg, Karl (SPD), Bremen-Lesum, Hockenstraße 61
Maaß, Gertrud (SPD), Bremen 1, Alter Postweg 302
Mahlstedt, Christian (SPD), Bremen-Huchting, Wangerländer Straße 82
Meier, Friedrich (SPD), Bremen-Oberneuland, Am Heiddamm 25
Meurer, Anton (CDU), Bremen 17, Vorkampsweg 267
Meyer, Johann (SPD), Bremen 2, Semmelweisstraße 10
Müller, Ella (SPD), Bremen 1, Landwehrstraße 40
Müller-Wolff, Gisela (SPD), Bremen, Freiligrathstraße 5
* **Nejedlo,** Marie (SPD), Bremerhaven, Am Alten Hafen 2/4 (Schiffsingenieurschule)
* **Oltmanns,** Georg (FDP), Bremerhaven-M., Deichstraße 74
Ostendorff, Walter (FDP), Bremen 1, Colmarer Straße 8
* **Pönitz,** Gottfried (CDU), Bremerhaven-L., Hafenstraße 28
* **Pöting,** Friedrich (SPD), Bremerhaven, Debstedter Weg 9
Ramke, Günter (CDU), Bremen-Blumenthal, Schwaneweder Straße 48 A
Reichelt, Georg (SPD), Bremen 1, Suhrfeldstraße 69
* **Sagner,** Lothar (CDU), Bremerhaven, Rheinstraße 54
* **Schäfer,** Dr. Johannes (CDU), Bremerhaven-G., Kammerweg 45
Schelter, Willy (SPD), Bremen 1, Thedinghauser Straße 119
Schepers, Wilhelm (CDU), Bremen 1, Landwehrstraße 43
Schnakenberg, Bruno (SPD), Bremen-Vegesack, Friedrichsdorfer Straße 19 a
Schriever, Werner (SPD), Bremen 20, Graf-Sponeck-Straße 36
Schubert, Paul-Heinz (FDP), Bremen-Lesum, Lesmonastraße 37 a
Schütte, Eva (FDP), Bremen, Lothringer Straße 82
Schumacher, Heinrich (CDU), Bremen-Lesum, Wasserhorst 1
Sieling, Dr. Hans-Hermann (CDU), Bremen-Lesum, Freesenkamp 84
Sonntag, Werner (SPD), Bremen-Blumenthal, An de Holtöber 9
Spies, Hannelore (CDU), Bremen 2, Osterholzer Heerstraße 31 A
Stäcker, Horst (SPD), Bremen 1, Jakobikirchhof 6
Stern, Hans-Günter (NPD), Bremen 1, Parkallee 23
Ströh, Erich (SPD), Bremen 13, Gröpelinger Heerstraße 311
Uhde, Reinhard (SPD), Bremen 20, Bürgermeister-Reuter-Straße 34
Vorsatz, Karl-Heinz (NPD), Bremen 1, Neustadtscontrescarpe 62
Wehrmann, Fritz (SPD), Bremen 1, Wecholder Straße 95
* **Wenke,** Johannes (SPD), Bremerhaven-G., Berliner Platz 10
* **Wolff,** Heinz (NPD), Bremerhaven, Buchtstraße 35/37
Wolff, Dr. Johanne (CDU), Bremen 1, Dijonstraße 5
* **Würdemann,** Walter (SPD), Bremerhaven, Steinstraße 5
Zander, Dr. Erich (CDU), Bremen 1, Mathildenstraße 75
Zießler, Anna (SPD), Bremen 1, Cäcilienweg II, Nr. 6 (ab Hemmstraße)

*) Die Bürgerschaft (Landtag) besteht aus 80 Bremer und 20 Bremerhavener Vertretern. Die Namen der Bremerhavener Abgeordneten sind mit * versehen. Die 80 Bremer Vertreter bilden die Stadtbürgerschaft.

Druck: Hans Krohn, Bremen